

Gerade jetzt braucht Deutschland eine aufmerksame und freimütige Öffentlichkeit, die sich nicht der Konvention unterwirft

Die Freiheit des Arguments

Von Gerd Held

Das Unwort des Jahres 2010 ist „unerträglich“. Da hört man, es wäre unbedingt notwendig „die Integrationsdebatte“ zu führen, und im nächsten Satz heißt es gleich, dass „Leute wie Sarrazin“ ganz unerträglich sind. Eine tolle Debatte ist das, wo von vornherein klar ist, welche Ansichten nicht zugelassen sind. Nicht viel anders sieht es in der „Energiedebatte“ aus. Da wird behauptet, eine Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken um 12 Jahre sei „ein Anschlag auf die Demokratie“ und „ethisch nicht vertretbar“. „Ethisch“ ist eine große Axt. Sie spaltet das Land in die Guten und die Bösen. Die neue Heftigkeit der Rede will das Denken ersetzen. Niemand soll sich trauen, noch einmal nachzuschauen, ob es vielleicht neue Argumente in der Sache gibt. Das ist Konsens, heißt es.

Das klassische Bürgerideal der Öffentlichkeit ist ein anderes. Hier gilt der Grundsatz, dass der Konsens immer nur ein Zwischenstand ist. Jedes Argument hat den Anspruch darauf, gehört zu werden – ohne Ansehen der Person, die es vertritt. Und ohne Spekulation darüber, aus welchen höheren oder niederen Motiven die Person dies Argument vorträgt. Nur mit dieser Freiheit der Argumente kann ein Land seine Probleme erörtern. Dazu gehört auch die Aufmerksamkeit des Zuhörens. Und eine Selbstbeschränkung: Die Öffentlichkeit kann nur Autonomie gegenüber Staat und Wirtschaft beanspruchen, wenn sie ihrerseits nicht ständig in politische und wirtschaftliche Entscheidungen hineinregiert. Doch ist in der Bundesrepublik des Jahres 2010 eine merkwürdige Entwick-

lung zu beobachten. Es ist nicht ein Fürst, der seinen unbotmäßigen Untertanen einen Maulkorb verpassen will, sondern umgekehrt wird im Namen des Konsens über exponierte Personen der Stab gebrochen: Ackermann, Mehdorn, Westerwelle, Sarrazin, Steinbach oder jetzt Mappus. Es ist hierzulande schick geworden, jeden Andersdenkenden als bezahlt und bestochen („Lobbyist“) zu bezeichnen. Die so sprechen, sind nicht einfach Linksradikale, sondern Bürger, die sich als Mitte des Landes empfinden – zu beobachten am Bauzaun in Stuttgart.

So unterschiedlich die Konstellationen sind, immer spricht daraus ein Unbehagen mit Risiken und Anstrengungen. Es ist die Ahnung, dass die bisherige Art, mit der Probleme bearbeitet wurden, nicht mehr lange geht. Aber noch ist nicht klar, ob die Veränderung unvermeidlich ist. Deshalb werden die Alarmrufe eines Buches oder die Kosten eines Bauprojekts als unnötige und gefährliche Anschläge auf eine bedrohte, aber noch heile Welt empfunden – als ein unnötige Wecken von Geistern, die man schon irgendwie spürt, aber die man noch fernhalten will. In dieser zwiespältigen Empfindung zwischen Ahnung und Abwehr gedeiht die Wut über Unruhestifter und Baukräne. Nicht um völligen Stillstand geht es, aber darum, dass die Probleme an den Schulen, bei der Integration, am Arbeitsmarkt sich so lösen mögen „wie bisher“. Diese Erwartung des „weiter so“ ist weder fortschrittlich noch konservativ, sie ist konventionell. Hier spricht die Macht der Gewohnheit – und zwar sowohl gegen größere Ansprüche der Zukunft wie

gegen solche der Vergangenheit. So ist die Konvention des juste milieu heute zum Feind der Reform geworden.

Die Konvention ist auch ein erbitterter Feind der Freiheit des Arguments. Jede dissidente Meinung empfindet es als „Provokation“. 70% der Medien waren sofort gegen Sarrazin eingestellt. Als deutsche Manager in großen Anzeigen auf die kritische Situation der Energieversorgung hinwiesen, schallte ihnen sofort ein vielstimmiges „Dürfen die das?“ entgegen. Hier zeigt sich eine Gefahr, die jeder Öffentlichkeit innewohnt. Sie ist anfällig für den Rückzug auf das Konventionelle. Ihr großer Trumpf, ihre Autonomie, birgt auch die Gefahr, sich fern von der Realität auf das „Wohlmeinende“ zurückzuziehen.

Die Bundestagswahlen, die vor gut einem Jahr eine neue Mehrheit ergaben, hätten nicht nur neue Entscheidungen bringen können, sondern auch eine neue Freimütigkeit der Öffentlichkeit. Doch vorerst scheint die Sphäre der Meinungsfreiheit noch zum Zufluchtsort eines erbitterten „weiter so“ geworden zu sein. Die Freund-Feind-Schemata wuchern sogar besonders heftig. Aber wenn heute die Konvention auf diese Weise versucht, Zukunft und Vergangenheit ans Gängelband zu nehmen, kann man das auch als Einladung auffassen, nun erst recht von seiner eigenen Vernunft Gebrauch zu machen. Die vielstimmige Ablehnung der Exkommunikation von Thilo Sarrazin hat bereits ein Zeichen gesetzt.

(Manuskript vom 4.10.2010, erschienen als Leitartikel in der Tageszeitung „Die Welt“ vom 5.10.2010 unter der Überschrift „Freiheit der Argumente“)